

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

92 (21.4.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einchl. 80 A Zustellgebühr, bei Abholung in der Geschäftsstelle und in 14 Tagen 4 00 M. durch die Post bezogen 4 50 — ohne Ausgabe u. Postgebühren monatlich 52.00 M. Ausgabe: Werktags mittags, Wochentags 8.30 M., Samstag 8.00 M., Sonntag 7.00 M. Anzeigen: Die 14tägige Anzeigenliste 1.— M. Die Restanzeigen 8.50 M. bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Ministerpräsident Stegerwald zurückgetreten

Ein gerissener Schachzug des Zentrums — Stegerwald tritt formell zurück — Stegerwald läßt sich sofort wieder aufstellen — Bildung einer rein bürgerlichen Minderheitsregierung

WTB, Berlin, 20. April. Im preussischen Landtag unterbrach nach 5 Uhr Präsident Leinert die Beratung der deutsch-nationalen Anfrage über die Zwangsverwaltung durch die Verlesung eines Schreibens des Ministerpräsidenten Stegerwald, in dem es heißt:

Im Laufe der Verhandlungen über die Bildung eines preussischen Ministeriums ist mir zur Kenntnis gekommen, daß ein Teil bei meiner Wahl zum Ministerpräsidenten auf mich entfallenden Stimmen unter irrigen Voraussetzungen abgegeben worden ist. Da ich nicht gegonnen bin, aus diesem Anlaß wegen des vermeintlichen Mißbrauchs des in mich gesetzten Vertrauens Angriffe auf meine persönliche Ehre auf mich zu ziehen, halte ich eine erneute Wahl des Ministerpräsidenten für notwendig. Ich ziehe daher meine Annahmeerklärung hiermit zurück.

Die Verlesung rief große Bewegung im Hause hervor und wurde mit Beifall auf der äußersten Linken aufgenommen. Präsident Leinert verlangte sodann die Weiterberatung und setzte auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung als 1. Punkt die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten.

WTB, Berlin, 20. April. Von gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Ministerpräsident Stegerwald, der sich nach der Rückgabe seines Postens dem Landtage noch einmal zur Wahl gestellt hat, beabsichtigt für den Fall seiner Wiederwahl folgendes Kabinett zusammenzustellen: Stegerwald, Präsident und Volkswohlfahrt, Fischel, Handel, Am Behnhoff, Justiz, Minister a. D. Schiffer, Minister des Reichs- und Landtags, Inneres, Samisch, Präsident des Landesfinanzamts, Kassel, Finanzen, Ministerialdirektor Warmbold, Landwirtschaft, Staatssekretär Prof. Dr. Becker, Wissenschaft, Kunst und Volkshilfe. Das neue Kabinett wird sich in dem oben angezeichneten Falle am Freitag dem Landtag vorstellen.

WTB, Berlin, 20. April. In dem heute im Landtag verlesenen Schreiben des Ministerpräsidenten Stegerwald, erfahren wir von zuverlässiger parlamentarischer Seite, daß die Angelegenheit nur formale Bedeutung hat, da die Mehrheit des Landtags entschieden ist, Stegerwald erneut zu wählen. Stegerwald legt Gewicht darauf, vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident die politische-moralische Amtseidnahme abzugeben zu müssen.

WTB, Berlin, Von bestunterrichteter Seite wird der Tagesgespräch mitgeteilt, daß die Übernahme des Ministerpräsidentens durch ein Mitglied der demokratischen Partei ungewiss ist. Man denkt dabei an den

Abg. Dominikus. Es ist aber noch nicht entschieden, ob Abg. Dominikus das Ministerium übernimmt. Die Frage der Verlegung des Landwirtschaftsministeriums durch Warmbold und die Übernahme des Kultusministeriums durch Becker ist als gelöst zu betrachten. Ueber die Verlegung des Finanzministeriums schweben noch Verhandlungen.

WTB, Berlin, 20. April. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt, soll morgen eine Renovation des Ministerpräsidenten Stegerwald erfolgen. Die Wahl dürfte sich wahrscheinlich ohne die Stimmen der Sozialdemokraten vollziehen.

Dem Laktiker Stegerwald macht der Schachzug, den er gestern blödsinnig geführt, sicher alle Ehre. Herr Stegerwald sucht damit sich und das Zentrum aus einer Situation zu retten, über der Wortbruch schwebte. Der Hinweis des Herrn Stegerwald, er habe sein Mandat zurück, weil ein Teil des Landtags von irigen Voraussetzungen ausgegangen sei bei der Wahl Stegerwalds zum Ministerpräsidenten, ist das nur mangelhaft verhüllte Eingeständnis, daß das Zentrum ein zweifelhaftes Spiel bei den Verufen zur Kabinettbildung gespielt hat. Um nun alle Hindernisse zu beseitigen, damit eine rein bürgerliche Regierung in Preußen gebildet werden kann, ist Herr Stegerwald formell zurückgetreten. Er läßt sich heute wieder neu wählen und wird dann vermutlich sofort ein Kabinett präsentieren können. Wie die Dinge sich denn parlamentarisch gestalten werden, ist momentan nicht abzusehen. Gewiß, die Volkspartei wird ausgeschaltet, aber auch die Sozialdemokratie. Vielmehr beabsichtigen die Trübsüßler im Zentrum, durch die gleichzeitige Ausschaltung der Volkspartei und Sozialdemokraten diese beiden Parteien als Schwächlinge zu gewinnen, in einigen Wochen doch allgemein in ein Kabinett zu geben. Die Stegerwaldsche Minderheitsregierung kann natürlich nur eine kurze Zeit existieren. Wenn allerdings in einigen Wochen diese beiden Parteien tun würden, was sie jetzt ablehnen, und dadurch die wechselläufige Krise bestehen lassen, wäre das ein großer Triumph für das Zentrum und seine politische Führung. Es ist verhängnisvoll, daß Stegerwalds Laktikerzug gestern im Landtag nicht wenig überbracht hat außerhalb des Zentrums.

Gewerkschaften und Wiederaufbau

Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

In wiederholten Konferenzen beschäftigten sich die Vertreter der dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angegeschlossenen Landeszentralen mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien. In Ausführung der in diesen Konferenzen gefaßten Beschlüsse legte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Reichsregierung eine Reihe von Leitfäden vor, deren technischer Teil weniger ein abgeschlossenes Programm darstellt (ein solches in allen Einzelheiten auszuarbeiten, ist vielmehr Aufgabe der amtlichen Stellen), als vielmehr die dringendsten Räte der Bevölkerung in den zerstörten Gebieten lindern soll.

Diese Leitfäden sind im Nachstehenden aufgeführt: Die öffentliche Meinung der außerdeutschen Nationen steht unter dem Eindruck, daß Deutschland bisher zu wenig getan habe seinen oft beklundeten guten Willen zum Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien praktisch zu verwirklichen. Dieser psychischen Einwirkung ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß Frankreich bei seinen Verbindungen und darüber hinaus Verständnis für die von ihm empfohlenen und durchgeführten bzw. noch geplanten Maßnahmen (Sanftionen) gefunden hat.

Nach unserem Dafürhalten muß sofort, also reichlich vor dem 1. Mai, die deutsche Regierung nicht nur die europäischen Öffentlichkeit von allem von Deutschland wirklich Geleisteten bzw. Angebotenen unterrichten, sondern auch in großzügiger Weise der französischen Regierung neue Anerbietungen für den unverzüglich in Angriff zu nehmenden Wiederaufbau machen.

Deutschland wird bei seinen Vorschlägen zwar nach wie vor besonderen Nachdruck auf Sachleistungen und Gestellung von Arbeitskräften legen müssen, immerhin ist die baldigste Bereitstellung sehr großer Mittel jedoch nicht nur für den eigentlichen Wiederaufbau notwendig, sondern auch erforderlich, um die Finanzkalamität Frankreichs und Belgiens zu lindern, und so eine Atmosphäre zu schaffen, die endlich bessere Beziehungen mit unseren Nachbarn im Westen anbahnt. Diese Summen aus eigenen Kräften aufzubringen, ist Deutschland außerstande — das kann nur mittels einer großen internationalen Anleihe geschehen. Aber auch diese läßt sich nur schaffen, wenn neben anderen Vorbedingungen die Welt die Heberzeugung gewonnen hat, daß Deutschland mit dem baldigsten Wiederaufbau ernst macht.

In ihrer Entschließung vom 31. März hat die Internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam u. a. es als Pflicht der Entente-regierungen erklärt, „Deutschland ohne Stimmungen in den Völkerverbund aufzunehmen“, ferner die Errichtung eines Internationalen Reparationsinstituts gefordert, dem das Studium der technischen Organisation und die allgemeine und finanzielle Verwaltung der Wiederaufbauarbeit zu übertragen ist. Diefem aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und solchen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und offiziellen Vertretern der beteiligten Nationen (Reparations) bestehenden Reparationsinstitut soll ferner die Aufgabe obliegen, „unter Garantie des Völkerverbundes internationale Anleihen auszugeben“, deren „Abtragung einschließlich der Verzinsung durch Deutschland in Jahresraten zu bewirken“ ist, wobei darauf geachtet werden soll, daß die hierfür nötigen Summen hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden.

Die Arbeiterklasse in allen beteiligten Ländern wird aufgefordert, ihre Landesregierungen zu veranlassen, die von der internationalen Arbeiterklasse vorgelegenen Resolutionen zu akzeptieren.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz legt Wert auf die Erklärung, daß der baldige Wiederaufbau der zerstörten Provinzen und die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft nur durch freundschaftliches Zusammenwirken der Völker und auf der Grundlage der gegenseitigen internationalen Hilfe erfolgen kann. — Um so dringlicher ist darum die Pflicht aller Kreise Deutschlands, unzweideutige Beweise seines guten Willens zu geben.

Zum eigentlichen Wiederaufbau machen wir die nachstehenden Vorschläge:

- Der französischen Regierung ist anzubieten:
1. Alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgiens sich mit allen Hilfsmitteln Deutschlands bereitzustellen und auf schnellste Heranziehung mitzuwirken, jedenfalls aber sofort 2. in den zerstörten Gebieten mit Aufbaum- und Aufforstungsarbeiten zu beginnen. Ueber die Erledigung der praktischen Durchführung möge die französische Regierung der deutschen Regierung Vorschläge unterbreiten, andererseits muß die deutsche Regierung auf Verlangen an die andere Seite mit positiven Vorschlägen heranzutreten; insbesondere über die Form der

Deutschland sollen die Kohlen exportieren werden

Die Entente beabsichtigt, durch eine Kohlenblockade Deutschlands Wirtschaftslage eventuell lahm zu legen.

WTB, London, 20. April. Reuters erfährt von französischer Seite, Frankreich werde die Besetzung des Ruhrgebietes nur vornehmen, wenn Deutschland sich zu Verpflichtungen nicht nachkommen. Wenn die deutschen Arbeiter nach der Besetzung die Arbeit nicht aufnehmen, so würde Deutschland keine Kohlen erhalten, so das einzige außer Oberitalien Deutschland zur Verfügung stehende Kohlengebiet, das schärfste, sehr wenig fördert. Dadurch werde Deutschland von einer allgemeinen Betriebsstillstellung betroffen und nach Ansicht der Franzosen gezwungen werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Frankreich könne die militärische Besetzung des Ruhrgebietes allein durchführen und werde zu diesem Zwecke wahrscheinlich eine Intervention einleiten. Frankreich denke kein Stück an eine Annexion weder des Ruhrgebietes noch des Saar-Lotharinger Ufers. Der Zweck sei einfach, Deutschland zum Ruhen zu bringen.

Daily Chronicle schreibt in einem „Volle Harmonie zwischen den Alliierten“ überschriebenen Leitartikel, an der Besetzung des Ruhrgebietes würden englische Truppen nicht teilnehmen, da keine verfügbar seien. Der Plan habe viel für sich, er frage die Alliierten in die Lage, Deutschland gegenüber zu sagen: Keine Reparation, keine Kohlen. Bezahlt eure Schulden, entlastet eure Soldaten, verurteilt eure Kriegsverbrecher, dann bekommt ihr auch Kohlen. Das einzige andere militärische Kohlengebiet Deutschlands liegt in Oberitalien, und dieses Kohlengebiet wird wahrscheinlich bald den Polen zugewiesen werden, angelehnt bei der durch die Abstimmung erfolgten großen politischen Mehrheit unter den alliierten Gewerkschaftern. (1) Deutschland könne sich infolgedessen kaum länger seinen Verpflichtungen entziehen.

Kommunistenverhaftungen — Eine Niederlage der Kommunisten in Mitteldeutschland

Berlin, 20. April. (Privat). Der gestern verhaftete Vorsitzende der kommunistischen Partei, Brandler, wurde heute vom Untersuchungsrichter in Moskau vernommen. Man nimmt an, daß zwischen dem Zentralkomitee der K.P.D. Beziehungen bestanden haben. Brandler, der sich öfters in Mitteldeutschland aufhalten habe, soll in der Zentrale der K.P.D. die Aufstandsbewegung durchgeföhrt haben.

Wie die „Köln. Zn.“ erfährt, sind weitere Verhaftungen von Kommunisten für heute zu erwarten. Weitermeldungen aus Halle zufolge hat der Landesrat von Saargraun, Kapfeler, einen Urlaub von unbestimmter Dauer angebeten. Gegen ihn schwebt ein von der Staatsanwaltschaft eingeleitetes Verfahren wegen Hochverrats.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ erhielten bei den Betriebsratswahlen in Mitteldeutschland, die nach dem Kommunistenrat gefolgt haben, die Kommunisten in 19 Werken bei 225 Stimmern alle anderen Verbände nur 11 Stimm.

WTB, Potsdam, 20. April. (Hess. Zn.). Mit einiger Spannung sah man den Delegiertenkongress zur Gewerkschaftsreform des alten Bergarbeiterverbandes entgegen. Dieser wurde angenommen, daß die Wahl- und Organisationsarbeit der Betriebsräte bei diesen Wahlen besonders auszuweisen werde. Falls sich haben aber die Kommunisten bei diesen Wahlen eine klägliche Niederlage erlitten. Nur in einem einzigen Bezirk, der ihnen als einzigermaßen sicher galt, im Essener Bezirk, haben sie es fertig gebracht, von den sieben Mandaten eines für sich zu gewinnen. Vielleicht werden sie hier und da noch einen Erfolg behaupten können, im allgemeinen kann aber heute schon gesagt werden, daß die von den Kommunisten und Anhängern getriebene Spaltungsarbeit in der Bergarbeiterklasse keinen Zweck mehr hat.

Das neue deutsche Angebot

WTB, Paris, 20. April. Die Wälder veröffentlichten eine offizielle deutsche Mitteilung aus Wien über das neue deutsche Angebot. Der offizielle Text soll heute oder morgen den Alliierten vorgelegt werden. Die Wälder erklären, daß das Angebot keine neuen Garantien biete und fordern die Regierung auf, die Politik der Sanktionen energisch fortzusetzen. Die Bürgerschaftsfrage wird darin ausgelegt, daß Deutschland die Alliierten betrügen wolle. Der „Temps“ behauptet, daß Deutschland im geheimen schon Gold ins Ausland geliefert habe.

Der erste Tag der Zollsperr

Berlin, 21. April. Wie die Wälder aus Westdeutschland melden, hat bereits der erste Tag der neuen Zollsperr zahlreiche Seelungen im Personen- und Güterverkehr gezeigt. Nach Meldungen aus Frankfurt a. M. und Koblenz funktioniert der neue Zolldienst wegen Mangels an Personen und technischer Vorbereitungen noch sehr unvollkommen. Die französischen Zollbeamten mußten sich auf eine oberflächliche Kontrolle der Personen- und Güterzüge beschränken. Aus Düsseldorf wurde eine völlige Stilllegung des Güterverkehrs gemeldet. Auf den Überlandstrecken in Düsseldorf liegen riesige Mengen von Gütern. Die geringe Zahl der Zollbeamten ist ganz unzureichend. Auf dem Bahnhof Bimorf bei Köln stauen sich die Güterzüge. Die französischen Zollbeamten haben sich genötigt gesehen, infolge des allgemeinen Pannens einen Teil der Waren unvergollt weiter fahren zu lassen.

Zerwürgniszeit der Kommunisten in den Gewerkschaften

Die deutschen Kommunisten haben den Auftrag, wenn nötig die deutschen Gewerkschaften zu zerstückeln. Diese ihre Aufgabe zu erfüllen, geben sie sich alle erdenkliche Mühe. Erträgt man sie aber dabei und kennzeichnet man ihn arbeiterfeindliches Verhalten, wirft man sie, wenn sie es zu tun reiben aus den Gewerkschaften hinaus, dann schreien sie: Seht diese Gewerkschaftsbögen, wie sie die Gewerkschaften zertrümmern, während wir in Wirklichkeit ihre Einheit erhalten wollen. Wie es die Kommunisten treiben, dafür soll noch als Illustration ein kurzer Bericht erzählt werden, den wir in der deutschnationalen „Westdeutschen Rundschau“ in Bremen finden und der sich mit der Betriebsratswahl in den Verleufener Porzwerken und in den Sprengstofffabriken in Schönebusch beschäftigt. Von den Verleufener Porzwerken insbesondere ist bekannt, daß dort die Kommunisten das Regiment führen und erst kürzlich die Arbeiter in einen aussichtslosen Streik führten, der nur der kommunistischen Partei dienen sollte. In beiden Fällen haben die deutschen Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen einen glänzenden Sieg erlitten. In der Dynamitfabrik Schönebusch z. B. sahen bisher neben einem Christlichen 8 Sozialdemokraten im Betriebsrat, jetzt haben wir 8 Christliche und 6 Sozialdemokraten. Weiter verzeichnet dieser Bericht, daß als Ergebnis des neuesten Kommunistenputsches in Reichsland der christliche Reichsarbeiterverband seit dem 1. April weit über 100 A-Vertreter vom Deutschen Verband zu verzeichnen hat.

Das sind die greifbarsten Früchte der kommunistischen Arbeit. Wenn ihnen auch die Spaltung der Gewerkschaften noch nicht gelungen ist, so dürfen sie sich doch rühmen, den Kampfeswillen und die Kampfkraft der Arbeiterkraft geschwächt zu haben, indem sie freigezwungen Organisations- und Lager der Gegner treiben. Und das nennt sich dann „Revolutionierung der Gewerkschaften von innen heraus“.

Die österreichischen Sozialdemokraten gegen hochverräterische Umtriebe

Im österreichischen Landtag brachten die Sozialdemokraten einen Dringlichkeitsantrag betreffend Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Verfassung gegen hochverräterische Umtriebe ein. Der sozialdemokratische Landeshauptmann-Stellvertreter Gmünder begründete den Antrag mit der jüngsten Reise des Kaisers nach Ungarn und monarchistischen Umtrieben in Österreich und betonte die Notwendigkeit, daß der Landtag unabweislich feststelle, daß Österreich eine Republik und einsofortig sei, jeden Angriff eines Kaisers abzuwehren. Die Sprecher der Christlich-Sozialen Partei und der großdeutschen Volkspartei erklärten, ihre Parteien ständen auf dem Standpunkt der republikanischen Staatsform und lehnten jeden Umsturz, ob von rechts oder links ab. Der großdeutsche Redner betonte, seine Partei würde eine Wiederkehr der Habsburger unter allen Umständen ablehnen, weil ihr oberstes Prinzip der Anschluß an Deutschland sei, das durch die Wiederkehr eines Habsburgers zunichte gemacht werde. Der Dringlichkeitsantrag wurde alsdann unter demonstrativem Beifall und Zurufen auf die Republik von allen Parlamentariern einstimmig angenommen.

Selbststellungen

Das deutsche Reich ist eine Republik. Der gefährlichste Gegner dieser Republik sind die Monarchisten. Diese nützen nach besten Kräften den Tod der Kaiserin aus, um den monarchistischen Gedanken zu fördern. Da die republikanische Reichsregierung verpflichtet ist, die Republik zu schützen, ihren Bestand zu sichern, so dürfte man von ihr mindestens erwarten, daß sie sich vollständig von diesem monarchistischen Krummel fernhält. Gegenüber dieser Selbstverständlichkeit stellen wir fest: Die Reichsregierung übermittelte der Familie Hohenzollern ein Beileidstelegramm. Der Ober der Wehrmacht, Herr v. Seckt, beteiligte sich an einer offenen monarchistischen Kundgebung. Graf Joch als Vertreter des Reiches nimmt in München in Gemeinschaft mit Angehörigen des Hauses Wittelsbach an einer Trauerfeier für die Kaiserin teil. Dasselbe tut der deutsche Gesandte in Holland, General Reinhardt, der Kommandeur des Wehrkreiskommandos Württemberg, nimmt als Beauftragter seiner Kameraden an den Beisetzungsfeierlichkeiten in Potsdam teil. In Potsdam sehen die höchsten Behörden auf Anordnung des Bürgermeisters die Flaggen halbmast. Der Kammergerichtspräsident in Berlin stellt den höheren Gerichtsbeamten im Einvernehmen mit dem Justizministerium frei, sich zwecks Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten beurlauben zu lassen.

Das alles hat sich in den letzten Tagen in Deutschland ereignet. Und nun behauptet noch einer, Deutschland sei keine Republik.

Badische Politik

Zum demokratischen Parteitag

Aus der dieser Tage stattgefundenen Landesversammlung der demokratischen Partei Badens sind noch einige Punkte nachzutragen, die festgehalten bzw. bekräftigt zu werden verdienen. So wird es in vielen Kreisen fonderbar anmuten, daß der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Herr Präsident Dr. Glöckner einen leichten Vorstoß gegen den badischen Finanzminister Köhler unternahm, weil — das Unternehmensministerium nicht die genügende steuerliche Mühsicht finde: eine Auffassung, die bei den notorischen Steuerdrückbergereien zahlreiche Unternehmenskreise mehr als merkwürdig anmutet, wenn sie auch der Referent selbst parteiübergreifend erklärte aus dem Vorhang, daß diese Kreise am 15. Januar 1919 demokratisch gewählt hatten und sich „inzwischen politisch anders orientiert haben“. Aus dieser Angst, kapitalistische Kreise an die Liberale Volkspartei und an die Deutschen Nationalen — den Kapitalistenparteiens — zu verlieren, erklärte denn Herr Glöckner:

Baden hat zwar als Leiter des Finanzministeriums einen Sachminister, dessen Lob zu singen die auswärtige Presse von Zeit zu Zeit veranlaßt wird. Wir sind aber nicht ohne Sorge, daß bei der jetzigen Finanzpolitik die Kreise des erwerbsfähigen Volkes, die nicht dem Arbeiter, sondern dem Untertanen angehören, deren Tätigkeit und wirtschaftliches Gedeihen in erster Reihe entscheidend ist für unser Wiederhochkommen aus dem jetzigen Elend, nicht die Rücksicht finden, deren sie bedürfen, um die Wirtschaft wieder hoch zu bringen.

Interessant sind die Mitteilungen des Vorsitzenden der Demokratischen Partei im Reich, Reichstagsabg. Senator Dr. Petersen-Gamburg, der darlegte:

Über allen Dingen, die vor dem Krieg zur Politik führten, stand geschrieben: Hier wird nur vorläufige, provisorische, Übergangs- und gesellschafliche Stellung gebildet. Lediglich der Ebe konnte ein Nationalliberaler nicht Staatsanwalt oder Landrat werden. Ein Sozialdemokrat war nur Deputierter der Regierung. Nur weil ich ein Verwandter des Hamburger Bürgermeisters war, blieb mir der Abschied als Reserveoffizier erspart, als ich für ein Stützpunktabkommen mit der Sozialdemokratie eintrat. Auch in Baden hat Reichert von Bohman allerlei zu hören bekommen, als er von der großartigen Bewegung des vierten Standes sprach. Was aber wäre ihm in Kreußen passiert? Hätte das deutsche Volk sich früher von diesen Jheseln befreit, so hätten wir den Krieg nicht bekommen und noch heute die Monarchie. Niemand in Deutschland hat den Krieg gewollt. Hätten wir eine Regierung gehabt, die mit dem Parlament in Verbindung stand, so wäre der Krieg rechtzeitig abgeblieben worden und die Angriffe hätten sich eventuell gegen die parlamentarischen Regierungen, aber nicht gegen die Monarchie gerichtet. Die Reichsparteien tragen die Schuld am Sturz der Monarchie.

Zutreffend meinte Herr Minister a. D. Hg. Dietrich: Der Umsturz nach rechts wäre ein Verhängnis, denn wir würden dann vielleicht noch einmal in einer Weise nach links fallen, wie wir es 1918 nicht erlebt haben.

Zum Schluß seien noch die bemerkenswerten Ausführungen des badischen Unterrichtsministers Hummel festgehalten, der u. a. erklärte:

Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die badische Regierung gewollt ist, mit allem Willen die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Das wird auch in Zukunft der Fall sein. Das badische Volk würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es im Herbst dafür sorgt, daß die bisherige Politik fortgeführt werden kann. Für die Zukunft ist die Entwerfung des Programms gefährlicher als die der Sozialdemokratie. Das Zentrum hat im Reich und in den Ländern die primäre entscheidende Stellung gewonnen. Es kann so g. h. in den Landtag einzutreten, daß die Gefahr einer Einparteierrschaft heraufzieht.

Arbeiterfabriken und Sonntagfabriken. Der Abgeordnete Weikmann (Soz.) hat im Landtag die folgende Anfrage eingebracht: 1. Ist die badische Regierung bereit, beim Reichsverkehrsministerium dafür einzutreten, daß die ab 1. Juni geplante Erhöhung der Löhne Arbeiterfabriken, die zum Teil 200 und mehr Prozent betragen soll, sich in etraglichen Grenzen hält? 2. Ist die badische Regierung bereit, beim Reichsverkehrsministerium für die baldige Einführung der Sonntagfabriken, die im Hinblick auf die allgemeine Erhöhung der Fahrpreise eine zwingende Notwendigkeit ist, einzutreten?

Die Ausweisungen Deutscher aus Elsaß-Lothringen haben im März und in der ersten Aprilhälfte gegenüber der Vormonatszeit weiter zugenommen. Die Zahl der Ausgewiesenen betrug gegen 800. Täglich kommen zahlreiche eltsässische Flüchtlinge in Reck an, um über Appenweier nach Baden, Württemberg oder Norddeutschland zu reisen.

Wiederbeginn der Reichstagsverhandlung

Berlin, 20. April.

Präsident Ebb: eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und begrüßt die Abgeordneten nach der Osterpause. Er fährt fort: Als wir das letzte Mal, also vor einem Monat, ausmündigend, hatte die Abstimmung in Oberösterreich gerade begonnen. Das Schicksal dieser d. wischen Provinz ist auch heute noch nicht entschieden. Wir danken allen, die unter schwierigen Umständen und mancherlei Gefahren für Deutschland gestimmt haben. Mit 718 000 gegen 471 000 Stimmen mit der Mehrheit zweier Gemeinden, mit Einstimmigkeit seiner Städte hat Oberösterreich für Deutschland gestimmt. (Beifall.) Wenn wir uns einen Augenblick vorstellen, daß diese Zahlen für Polen gegen Deutschland gefallen wären, so wären die Staaten der alliierten Mächte keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, wohin sie das vortierende Land schlagen würden. (Beifall.) Dasselbe Gerechtigkeit aber verlangen wir auch für uns. Oberösterreich hat sich mit Mehrheit für Deutschland entschieden; bei ihm muß es auch bleiben. (Beifall.)

Präsident Ebb teilt fernher mit, daß ein Schreiben des Abg. Levi (Komm.) eingegangen ist, in dem es heißt: „Ich habe ein Demissionarium unterzeichnet, wonach ich mein Mandat niederlege. (Hört! Hört!) Ich widerrufe hiermit diese Erklärung.“ (Beifall, Hört, Hört.)

Präsident Ebb: Sollte diese Erklärung noch eingehen, so gilt sie im Voraus als widerrufen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation der Unabhängigen über die Auswärtige Lage. — Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte, daß der Außenminister die Interpellation sobald als möglich beantworten werde.

Präsident Ebb stellt fest, daß eine ähnliche Interpellation auch noch von den Deutschen Nationalen eingebracht ist. Das ganze Haus hat ein Interesse daran, möglichst bald die auswärtige Lage zu erörtern.

Die Auflebenschrift für die Schutzgebiete 1919 wird genehmigt.

Es folgt die erste Beratung eines Abkommens mit den alliierten Hauptmächten über die Bestimmung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebietes.

Abg. Kroll (Dm.) nimmt der Vorlage zu. Er erhebt Einspruch gegen die Maßnahmen der Regierung im Saargebiet, die rigoros alle kulturellen Zusammenhänge der Einwohner mit den Deutschen im Reich unterbindet. Von einer neutralen Vermittlung ist keine Rede. Man arbeitet auf den Anschluß an Frankreich hin. Am 1. Mai kommt die Frankenscheidung der Bergarbeiter, auch die der Post und Bahnbeamten. Dann muß auch das letzte Viertel der Bevölkerung zur Frankenscheidung übergeben, also Anschluß an Frankreich haben. Das Abstimmungsresultat der Beamten, das nur eine knappe Mehrheit brachte, ist nur auf eine Artpropaganda gegen die Wahl zurückzuführen. Die Bergarbeiter werden heute schon die Frankenscheidung. Das Saarland ist mit seinen Kohlen und Eisen auf den Absatz in Deutschland angewiesen; in Frankreich will man gar keine saarländischen Eisen haben. Die Einfuhr ist koningentiert, es ist ebenso wie in Eupen und Malmedy. Nach Deutschland darf die Industrie nicht liefern, dem Lande wo sie angegeschlossen wurde, kann sie nicht liefern, weil diese alle Produkte selbst herstellt. So fördert man die Wirtschaft durch die Politik! Das ist eine Freibeutelei für uns und das Rheinland; auch das ist das Ziel ein politisches. Was aus der Wirtschaft wird, kümmert die Entente nicht. Wir können den Saarländern nicht helfen, wir verneinen sie aber nicht, bis das Saarland wieder mit dem Reich verbunden ist. (Beifall.)

Abg. Schults-Bromberg (Dm.): Ich beantrage die den Vertrag einem Ausschuss zu überweisen. Es wird dort festgestellt werden müssen, inwieweit das Wort „Ben Friedensvertrag“ widerstreicht.

Abg. Hofmann-Ludwigschafen (Centr.): Als geborener Saarländer schreibe ich mich den Ausführungen des Abg. Kroll voll an. Die gegenseitigen brüderlich warmherzigen Gefühle zwischen unseren deutschen Brüdern im Saargebiet und in

dem deutschen Reich können keine Zollgrenze der Entente und keine Währungsbarriere sein.

Das Abkommen wird einem Ausschuss überwiesen. Der Gegenwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für das Jahr 1920 wird dem Haushaltsausschuss überwiesen, ebenso der Gegenwurf „Veränderung des Bankgesetzes“, wonach die Vorkehrung, nach der der Teil der in Umlauf befindlichen deutschen Reichsbanknoten, der durch kurzfristiges deutsches Geld umgedeckt sein soll, ein Drittel nicht übersteigen darf, bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt werden soll.

Ein kommunistischer Antrag fordert sofortige Entlassung des Abg. Thomas (Komm.) aus der Gefangenenanstalt Langberg in Bayern.

Präsident Ebb teilt mit, daß ihm ein Schreiben des Abg. Thomas zugegangen sei, in dem dieser um Schutz bittet. Ich habe mich durch Vermittlung des Reichsministers des Innern an den bayerischen Minister des Innern gewandt, ob etwa eine Verletzung der Immunität vorliege. In einem längeren Schreiben wird dargelegt, daß eine solche Verletzung nicht vorliegt. Ich werde das Schreiben dem Geschäftsausschuss überweisen.

Abg. Bauer (Komm.) begründet den Antrag und führt aus, Thomas sei wegen Aufforderung zum Hochverrat und Verletzung zum Tode verurteilt und zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er behauptet aber, er habe nur einen naturgeschichtlichen Vortrag gehalten. (Beifall.) Der Redner bittet um sofortige Erledigung des Antrages.

Die Abg. Trimborn (Centr.), Müller-Kranken (Soz.), Dr. Schilling (Dem.) und Dr. Kahl (D. B.) beantragen, den Antrag an den Geschäftsausschuss zu überweisen. — Der Antrag wurde angenommen.

Es folgt die Beratung eines Antrages der Unabhängigen über die Aufhebung der Sondergerichte. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt eine Verringerung der Bestimmungen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) begründet den Antrag der Unabhängigen. Die Sondergerichte sind eine barbarische Maßnahme. Die Urteile gegen die Arbeiter und gegen die Deutschen Nationalen stehen in schreiendem Gegensatz zueinander. Bei dem Siegesstulpe-Attentat handelt es sich um den Versuch der Polizei, ein Attentat vorzutäuschen. Obwohl der Siegesstulpe gar nichts passiert ist, sind Zuchthausstrafen bis zu 6 Jahren verhängt worden. Das ist Barbarei gegen die Arbeiter. Die Verordnung über die Sondergerichte trägt die Unterschrift des Reichspräsidenten Ebert, die Rechtssozialisten sind somit dafür verantwortlich zu machen. Mit den Kommunisten werden die Arbeiter schon alleine fertig.

Reichsjustizminister Dr. Heine: Die Verordnung über die Sondergerichte ist auf meinen Vorschlag vom Reichspräsidenten erlassen worden, weil ohne sie der Gerechtigkeit keine Genüge gegeben konnte. Die Vorgänge in Mitteldeutschland sind nicht übertrieben gefährlich. Es ist festgestellt worden, daß bei den Kämpfen den toten Kollisten die Nasen und Ohren abgeschnitten und die Augen ausgetrieben wurden. (Hört! Hört!) rechts, Zwischensitz links. — Präsident Ebb rief den Justizminister: Das ist gelassen. Minister Heine fortfahrend: Unsere Gerichte sind auf normale Zustände zugeschnitten, die Vorgänge in Mitteldeutschland und anderen Orten waren aber nicht normal. Es handelt sich um hunderte von Fällen, die die ordentlichen Gerichte nicht bewältigen können. Dazu kommen die zahlreichen Hochverratsprozesse; diese konnte man nicht vor das Reichsgericht bringen, weil dieses nur darauf eingerichtet ist, einen oder zwei Hochverratsprozesse im Jahr abzuurteilen. Die Verordnung widerspricht nicht der Verfassung. Artikel 48 gibt dem Reichspräsidenten das Recht, für gewisse Ausnahmen auch Ausnahmegerichte zu treffen. Dazu gehört auch das Gerichtsverfahren. (Beifall links.) Artikel 105 erklärt allerdings Ausnahmegerichte für unzulässig. Hier handelt es sich aber nicht um Ausnahmegerichte, sondern um Gerichte auf Grund des Artikels 48. (Murren links.) Die Jugendlichen sollen soweit wie möglich vor die ordentlichen Gerichte kommen. Den Änderungsantrag der Sozialdemokraten bitte ich abzulehnen. Wir können die Sondergerichte nicht auf bestimmte Landesteile beschränken. Das Gerichtsverfahren ist absolut unparteiisch. Die Festnahme eines Teils der Rotationsmaschine der Roten Fahne war rechtlich durchaus zulässig. Wir bitten Sie, die Verordnung nicht zu ändern.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. — Präsident Ebb rief den Abg. Heine (Komm.) wegen eines beschimpfenden Zurufes zum dritten Male. Zwei Ordnungsrufe hatte er schon vorher erhalten.

Das Haus vertagte sich um 6 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr. Fortsetzung der Beratung über die Sondergerichte.

Wie zahle ich meine Einkommensteuer?

III.

Das neue Lohnabzugsverfahren
Das ganze Lohnabzugsverfahren wird durch ein besonderes Lohnsteuergesetz geregelt werden, dessen Sache mit denjenigen des neuen Steuerarfs, wie er durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz festgelegt ist, übereinstimmen müssen. Am 11. April wurden die Bestimmungen dargelegt, die der neue Steuerarfs insbesondere den Lohn- und Gehaltsempfängern mit kleineren Einkommen bringt. In gleicher Weise wirkt der neue Steuerarfs.

Bis Ende März 1921 waren abzugsfrei: für den Haushaltsvorstand 5.— M bei täglicher, 30.— M bei wöchentlicher Lohnzahlung, 125.— M bei monatlicher Gehaltszahlung. Für jedes unterhaltspflichtige Familienmitglied wurden 1,05 M täglich, 10.— M wöchentlich und 40.— M monatlich diesem Betrag hinzuzurechnen.

Jetzt ab 1. April 1921 sind abzugsfrei: für den Haushaltsvorstand und seine Ehefrau je 4.— M täglich, 24.— M wöchentlich und 100.— M monatlich. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jedes zum Haushalt gehörende Kind unter 21 Jahren um 6.— M täglich, 33.— M wöchentlich und 150.— M monatlich. Dabei ist zu beachten, daß bei täglicher Berechnung das Jahr zu 300 Arbeitstagen, bei wöchentlicher Berechnung das Jahr zu 52 Arbeitstagen gerechnet wird.

Was bisher beim Steuerarfs, soweit er Familienbater betrifft, zu beachtlich war, heißt bestehen. Der Arbeitgeber kann nicht erst umständliche Erhebungen anstellen, ob die Ehefrau oder die unter 21 Jahre alten Kinder selbst verdienen, und ob beim Steuerarfs vom Verdienst der Ehefrau und der Kinder an anderen Arbeitsstätten die dem Lohnabzug nicht unterliegenden Beträge bereits abgezogen worden sind. Es ist vom Arbeitgeber zu beachten, daß die abzugsfreien Sätze für die Kinder nur beim Haushaltsvorstand angerechnet werden dürfen nicht aber zugleich bei der Ehefrau.

Außer den vom Abzug frei bleibenden Beträgen ist der Abzug selbst geändert worden. Vom 1. April 1921 ab wird der Steuerarfs einheitlich und zwar nur noch zu 10 Prozent, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens vorgenommen. Verdient jemand mehr als 24 000 M jährlich, so hat er den steuerlichen Mehrbetrag über den 10prozentigen Lohnabzug hinaus in vierteljährlichen Raten an der Steuerabstelle selbst zu entrichten.

Es seien nachstehend zwei Beispiele über die jährliche Bildung des Steuerarfs angeführt. Dabei sind die Berücksichtigungsbeträge in Anbetracht ihrer verschiedenartigen Höhe weggelassen worden. Bei beiden Beispielen handelt es sich um Lohn- bzw. Gehaltsempfänger mit 4 Kindern unter 21 Jahren:

Arbeiter mit 300.- M. Wochenlohn	24.- M.
Abzugfrei für den Haushaltungsvorstand	24.- M.
die Ehefrau	24.- M.
die 4 Kinder (4x36 M.)	= 144.- M.
zusammen	192.- M.

Der Steuerabzug gilt also nur für den Betrag von 108.- M. (300.- M. minus 192.- M.), beträgt also monatlich 10.- M. (10 Prozent von 108.- M.).

Angestellter mit 1200.- M. Monatsgehalt	100.- M.
Abzugfrei für den Haushaltungsvorstand	100.- M.
die Ehefrau	100.- M.
4 Kinder (4x150.- M.)	= 600.- M.
zusammen	800.- M.

Der Steuerabzug gilt also nur für den Betrag von 400.- M. (1200.- M. minus 800.- M.), beträgt also monatlich 40.- M.

Im ersten Falle würde der Arbeiter am Wochenende 290 M. ausgezahlt erhalten, wobei die Versicherungsbeiträge allerdings nicht berücksichtigt sind, während dem Angestellten am Monatsende 1160 M. ohne Berücksichtigung der Versicherungsbeiträge ausgezahlt würden.

Gerichtszeitung Schwurgericht Karlsruhe

§§ Karlsruhe, 20. April. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Abwehr des Ruhr-Unfriedens im März vorigen Jahres war es zu Pforzheim zu Ausfälschungen vor dem Wohnhaus des Stadverordneten und Kaufmanns Otto Kapfenberger am Leopoldplatz gekommen. Veranlassung dazu war eine Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Saalbau zu Pforzheim, in der der Unabhängige Stadtrat Spengler behauptet hatte, im Hause Kapfenbergers befände sich ein großes Waffenlager, auch mehrere Maschinengewehre seien dort untergebracht, um gegebenenfalls gegen die Arbeitererschaft verfahren zu werden. Die Behauptungen entsprachen nicht den Tatsachen, sie trugen aber eine lebhafteste Verurteilung in der Pforzheimer Bevölkerung und namentlich in die Angehörigen der beiden linkssozialistischen Parteien. Diese Verurteilung entlud sich in den Ausfälschungen vor dem Kapfenbergerschen Hause. Etwa 18 Personen, die daran teilgenommen hatten, sind vor kurzem wegen Haus- und Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von der Strafkammer verurteilt worden. Heute fanden vier weitere Teilnehmer an dem Aufruhr unter der Anklage des

schweren Landfriedensbruchs, des schweren Hausfriedensbruchs und der Gefangenenerkennung

vor dem Schwurgericht, nämlich der Goldschmied Hugo Vastian aus Schramberg, der Schlosser Erwin Kugel aus Brötzingen, der Tagelöhner Pfisterer aus Brötzingen und der Schweizer Richard Kentschler aus Diefenbach.

Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. Kempff, Staatsanwalt ist Dr. Mörike, Pforzheim, die Angeklagten wurden vertreten von den Rechtsanwälten Dr. Kander (Walden), Dr. Krautwein (Kugel und Pfisterer) und Dr. Bloch (Kentschler), sämtliche aus Pforzheim.

Die Geschworenen bejahten bei Vastian die Schuldfrage nach schwerem Landfriedensbruch, bei Kugel die Frage nach schwerem Land- und Hausfriedensbruch, bei Pfisterer die Fragen nach schwerem Land- und Hausfriedensbruch, bei Kentschler die Frage nach schwerem Land- und Hausfriedensbruch. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände ausgesprochen.

Das Gericht verurteilte den Vastian zu 10 Monaten Gefängnis, ab 6 Monaten Untersuchungshaft, den Kugel zu 10 Monaten Gefängnis, ab 3 Monaten Untersuchungshaft, den Pfisterer zu 10 Monaten Gefängnis, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft. Bei Kentschler wurde das Verfahren auf Grund der Amnestie-Verordnung eingestellt. Bei den drei Verurteilten kommt, nach dem Urteil des Gerichts, die Amnestie nicht in Frage, weil bei ihrer Handlungsweise Eigenmut und Hochmut in Betracht kamen.

Eine Räuberbande vor dem Schwurgericht

Das Schwurgericht in Heidelberg beantragte seine Tagung mit einem sagen. großen Fall. Auf der Anklagebank saß der berühmte Ein- und Ausbrecher Schlosser Wilh. Hoch von Beerfelden unter der Anklage der räuberischen Erpressung. Mit ihm saßen die Anklagebank der Tagelöhner Johann Wedenbach von Heidelberg, der Arbeiter Heinrich Stecher von Heidelberg, der Vater Heinrich gen. Karl Schwind von Medesheim, die bei dem Landwirt Selteneich einen Raubüberfall unternommen hatten. Der Anführer der Bande, Hoch, hatte seine Kumpane mit Revolvern und Munition ausgestattet und ihnen aufgetragen, die Leute tot zu schießen, wenn sie Widerstand leisteten. Die bei dem Raubüberfall gemachte Beute war nicht sehr hoch. Die Angeklagten hatten noch andere Raubüberfälle geplant, die aber nicht zustande kamen. Sie hatten auch beabsichtigt, die Postkassensperre auf dem a. t. m. Heidelberg Friedhof aufzubrechen. Die Geschworenen verurteilten den Hoch zu 10 Jahren Zuchthaus, den Heinrich Schwind zu 8 Jahren Zuchthaus, den Wedenbach zu 1/2 Jahren Gefängnis und den Stecher zu 10 Monaten Gefängnis. Hoch und Schwind werden ferner unter Polizeiaufsicht gestellt und erhalten längere Erwerbsverluststrafen.

Aus dem Lande

F. Wöhringen, 20. April. Eine Selbstmordphobie scheint hier ausgebrochen zu sein. Gestern Abend machte ein hiesiger Einwohner seinem Leben durch Erhängen an der Scheuerleiter ein Ende. Es ist dies innerhalb 6 Wochen der dritte Fall und soll bei allen Selbstmördern ein unglückliches Familienleben die Ursache gewesen sein.

Heidelberg, 19. April. Ein Hochstapler und Heiratschwindler, der sich für einen aktiven Offizier mit dem Freiherrn- oder Grafentitel ausgab und auch in Berlin mehrere Damen um große Summen betrog, ist hier in der Person eines 23-jährigen Schauspielers namens Sievert festgestellt und verhaftet worden. Sievert, der meist in Uniform auftrat und sich als Ordonanzoffizier des Kronprinzen bezeichnete, hatte es verstanden, sich in den ersten Gesellschaftskreisen Einlaß zu verschaffen.

Mannheim, 19. April. Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Blinde, die im Jahre 1917 gegründet wurde, zählt 220 Blinde, darunter Männer und Frauen, die für Familie zu sorgen haben. Die Genossenschaft hat es verstanden, sich ohne jeden Staatszuschuß zu entwickeln. Es handelt sich hauptsächlich um Büchsen- und Korbmacher, die in vielen Orten Wadens ihre Erzeugnisse absetzen.

Menden, 19. April. Die Familie Siefermann in Paderborn, die seit vier Jahren keine Nachricht von ihrem in Ausland gefangenen Sohne erhalten und ihn tot gelaubt hatte, bekam jetzt eine von ihrem Sohne aufgegebenen Postkarte, in der er mitteilte, daß er wohl auf sei, bei einem russischen Bauern arbeite und hoffe, noch in diesem Jahre zurückzukommen.

I. Witten b. Donaueschingen, 20. April. Die bei dem hiesigen Bürgermeister bedienstete Wagn. Katharina Pinterholzer fürzte so unglücklich vom Rabe ab, daß sie schwere Verletzungen erlitt und ihnen erlag.

* Bad Boll, 19. April. Der Unfallzustand von dem vor einigen Wochen in der Buntadischlucht etwaige höhere deutsche Vorkämpfer betroffen wurden, hat nun doch ein Wendebild bekommen. Ministerpräsident Pauer aus München ist den durch einen Sturz durch eine der Holzbrücken damals erlittenen inneren Verletzungen erlegen. Zu dem Unfall wird übrigens noch mitgeteilt, daß die vier Touristen zusammen auf einem Balken der Brücke standen, der eine solche Belastung nicht aushiel.

* Feuerfäden. Das dem Obersten a. D. Knautz gehörige Coloniegebäude des Schlosses Puroberg bei Heberlingen wurde durch Feuer vernichtet. Die Feuerwehre mußte sich darauf beschränken, ein Ueberfließen des Brandes zu verhindern. Verluste an Menschenleben und Vieh sind nicht eingetreten, dagegen ist der Raubrisikofaden beträchtlich. In Württemberg, Amt Pöndorf, ist das Anwesen des Ernst Steiner abgebrannt. Trotzdem von den Rohstoffen ziemlich viel gerettet werden konnte, ist der Schaden sehr erheblich, da das Gebäude nur mit 9000 M. versichert ist. Im Württemberg bei Schwäbisch Gmünd wurde ein Kutschwagen der Bahnlinie einen Waldbrand, der infolge des starken Windes erheblichen Umfang annahm und drei Hektar Wald vernichtete.

Kleine Nachrichten

Mains. Das französische Militärpolizeigericht verurteilte den Gasarbeiter Philipp Meyer wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter zu 12 Tagen Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Halle hat die Stadtverwaltung den Betrieb ihrer elektrischen Straßenbahn wegen Unrentabilität vollständig eingestellt.

Berlin. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Guxhagen, daß bei den dortigen ausländischen Stellen angefragt worden ist, durch eine Veranlassung alle Geschäftskonten und namentlich die Konten aufzuklären vor Mitglieder der Ententeummission bei Antragsnahme von Leistungen gleich welcher Art stets Vorauszahlung zu verlangen da bei einer privaten Antragsnahme eines Rates Bezahlung von der Kommission bewilligt und die Rechnung der deutschen Regierung eingeklagt worden ist.

Mains. Ein außerordentlich starker Schneesturm tobte in der vorinen Nacht über Mitteldeutschland. Der gesamte Telefon- und Telegraphenverkehr wurde unterbrochen. Stockholm ist ohne Verbindung mit Süd- und Westschweden, sowie mit dem Ausland. Die durch den Schneesturm verursachten Verwüstungen sind die größten seit Menschengedenken.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 21. April

21. April. 1871 * Der Komponist Leo Wech in Aachen. — 1888 der „Sozialdemokrat“ wird aus der Schweiz ausgewiesen. — 1920 Generalprotektireff gegen Belgien in Cuxen und Kalmbeck.

Karlsruher Parteinachrichten

Berein Arbeiterjugend Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr findet im neuen Lokal „Maurician Rosenberger“, Ecke Wilhelmstraße und Werdorplatz, die Generalversammlung statt; vorher wird der Bericht erlesen über die letzten Sonntag stattgegangene Bezirkskonferenz. Die Mitglieder werden ersucht, in Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung vollständig zu erscheinen. — Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, sich um 7 Uhr zu einer Besprechung einzufinden.

Vortragsreihe in Verbindung

Der entsehlte Kampf, den die meisten Familien der Arbeitererschaft und des Mittelstandes zu führen haben, vollzieht sich größtenteils im stillen. Nur dann und wann werden die Wunden sichtbar, welche dieser Kampf schlägt. Ein beredtes Zeugnis für das Elend unserer Tage und für den Konteratt unseres Wirtschaftens bildet der Geschäftsgang der städtischen Pfand- und Leihhäuser. Aus allen Städten wird über eine enorme Zunahme der Pfänder und Darlehenssummen berichtet. Auch unsere Landeshauptstadt Karlsruhe bildet keine Ausnahme, wie aus folgender Aufstellung zu ersehen ist.

Im letzten vollen Friedensjahre, also 1913, betrug die Zahl der Pfänder 28372, die Darlehenssumme 581 905 M. Während des Krieges sank die Ziffer der Pfänder und natürlich auch der Darlehenssumme. Die bürgerlichen Blätter konnten feinerzeit nicht oft genug auf diesen erfreulichen Umstand hinweisen, um vor aller Welt den günstigen wirtschaftlichen Stand Deutschlands zu dokumentieren, der aber in Wirklichkeit nur ein künstliches Gebilde war. Aber schon gegen Schluß des Krieges gingen die Geschäfte des Karlsruher Pfandleihhauses wieder an. Im Jahre 1919 betrug die Pfänderzahl 15 911, die ausgeliehene Summe 337 630 M. 1920: 25 987 bezw. 1 153 705 M. Aber der Höchststand ist noch nicht erklommen, denn im ersten Quartal 1921 erreicht die Zahl der Pfänder ziels 11 000 und die Darlehenssumme 600 000 M., demnach scheint das Jahr 1921 ein Rekordjahr zu werden, das bisher unerreicht dasteht.

Aber nicht nur in der steigenden Anzahl der Pfänder und der wachsenden Darlehenssumme tritt die Verarmung der großen Masse des Volkes am deutlichsten in die Erscheinung, sondern in der Art des Geschäftsbetriebs. Vor und während des Krieges wurden größtenteils Verpfändungsgegenstände zum Verkauf gebracht, die entbehrlich waren und deshalb konnten die Pfänder wieder erneuert werden. Aber heute ist es anders, denn jetzt wandern in der Hauptsache Gegenstände des täglichen Bedarfs in das Leihhaus, deren Verpfändung infolge ihrer Unentbehrlichkeit nicht gut erneuert werden kann. So betrug die Zahl der Pfändererneuerung im Jahre 1913 6878, 1920 nur noch 1341.

Aber am traurigsten kommt die Verelendung der Bevölkerung durch die sogenannten „Wochenpfänder“ zum Ausdruck, d. h. durch diejenigen Verpfändungen, die Montags erfolgen und am Samstag wieder eingelöst werden. Naturgemäß finden sich darunter nur unentbehrliche Artikel, wie Kleidungsstücke, Schuhe usw. Und diese armen Teufel, die am Anfang der Woche ihre Sonntagseffekten verpfänden müssen und sie am Samstag wieder einlösen, um sie am Sonntag anziehen zu können, sind in sehr großer Zahl vertreten und zwar so zahlreich, daß sich die Polonaise-Auffstellung unruhlichen Kriegsangehörigen als notwendig erweist.

Was hinter obigen Zahlen und den Verpfändungen überhaupt an Not und Elend, an Entbehrung und aufreibenden Sorgen steckt, das läßt sich bei einiger Einfühlung leicht ermessen.

Und doch sind es nur die Ergebnisse der harten Wankelhaftigkeit, die die Statistik der Bewirtschaftungsbedürfnisse noch dazu kommen, so läßt es ein noch viel trüberes Bild. Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit wie es um die Lebenshaltung der Vermögenslosen bestellt ist. Ganz bündig ist das falsche Gerücht von der auskömmlichen Entlohnung der Hand- und Korbarbeiter widerlegt. Während auf der einen Seite in Paris, Wien und anderen Städten des gedanktlosen An-den-Tage-Lebens Unsummen verschleudert werden, müssen Familien ihre unentbehrlichen Bedarfsgegenstände verpfänden, um sich das Wasser vom Halse zu halten. Dieser Zustand ist eine Schande für unsere Zeit und die größte Gefahr für die Zukunft!

Zur Steuerveranlagung

f. Das Gemeindefiskusstell Karlsruhe hat sich mit der Steuerbehörde in Verbindung gesetzt und darum ersucht, daß den einzelnen Betrieben für ihre Angestellten und Arbeiter die Steuerveranlagungsformulare für den gesamten Betrieb zugesandt werden. Es sollen durch diese Maßnahme die jetzt bestehenden unhaltbaren Zustände insofern beseitigt werden, daß nicht jeder Angestellte und Arbeiter Zeit versäumen und Lohn einbüßen muß um Abholen der Steuererklärungen. Auch ist es ein ungesunder Zustand, daß diejenigen Steuerpflichtigen, welche ihre Veranlagung zur Steuer mündlich beim Steuerkommissar abgeben wollen, durch den starken Andrang bei der Steuerverwaltung hundertlang auf Abfertigung warten müssen. Man hätte zur Abgabe der persönlichen Steuererklärung die Steuerpflichtigen alphabetisch an bestimmten in genügend hierfür eingerichtete Veranlagungsstellen zur Steuererklärung aufrufen müssen. Der letzte Zustand ist unhaltbar und muß sofort abgestellt werden. Man kann doch schließlich von der Bevölkerung nicht verlangen, daß sie wiederholt wochenlang hundertlang warten muß und trotzdem nicht abgefertigt wird. Um die Veranlagung zur Steuer ohne Verlust zu ermöglichen, teilt uns die Steuerbehörde mit, daß sie gerne bereit sei, unserer Anregung Folge zu geben und jedem Betrieb auf Anforderung die erforderliche Anzahl von Formularen zur Reichseinkommensteuererklärung zur Verfügung zu stellen zur Verteilung an die Angestellten und Arbeiter. Dr. Vorbrücke können durch Beauftragung der Betriebe bei der Steuerverwaltung, Kreuzstraße 13, Erdgesch. am Schalterfenster, in beliebiger Anzahl in Empfang genommen werden.

* Eine totale Mondfinsternis tritt ein in den Vormittagsstunden des 22. April. Sie beginnt als partielle Finsternis um 7 Uhr 3 Min. vormittags und endet als solche um 10 Uhr 26 Min. vormittags. Die Totalität dauert von 8 Uhr 24 Min. bis 9 Uhr 5 Min. vormittags. Die Finsternis wird sichtbar sein in Nord- und Südamerika, im Atlantischen und Stillen Ozean, in der südlichen Hälfte von Grönland, in Neu-Seeland, Neu-Guinea, Australien und den südlichen Polargegenden.

= Ausgliederung. Bei dem Wettbewerb zum Neubau einer Bezirksparlase für Ludwigs wurden die Arbeiten der Architekten Messing u. Uebersir hier mit dem zweiten Preis in Höhe von 2000 M. und einem Anlauf ausgezeichnet.

Vollbüchse Karlsruhe. Als Opernvorstellung für das laufende Vierteljahr (April bis Juni) gibt die Vollbüchse ihren Mitgliedern im Landesheim die dreiteilige komische Oper von Vorhagen „Der Wildschütz über die Stimme der Natur“. Leider ist aus Versehen die Landestheater nicht mehr in der Lage, die Tage für die einzelnen Opernvorstellungen vorher festzulegen. Jeweils mindestens 10 Tage vor den einzelnen Vorstellungen werden diese in den Tageszeitungen bekannt gegeben. Zum größten Bedauern der Vollbüchsenmitglieder war es infolge der Vorbereitung zu Neuerscheinungen in der Oper sowie der Ring-Aufführung nicht möglich, im Verlauf des April eine Vorstellung für die Vollbüchse zu bekommen. Die erste Aufführung des „Wildschütz“ (O 1) ist nunmehr auf Samstag, den 7. Mai, festgesetzt.

Na. Damen-Schönheits-Konkurrenz im Stadtpark. Die schönste deutsche Frau oder das schönste deutsche Mädchen wird durch die Firma „H. H. H. H. H.“ gesucht. In diesem Zwecke wird in allen größeren Städten der Damennwelt Gelegenheit geboten, sich an einer „Schönheits-Konkurrenz“ zu beteiligen und zwar in der Weise, daß in städtischen oder sonstigen Räumen von gutem Ruf photographische Aufnahmen der Bewerberinnen hergestellt, dann auf den Film übernommen und in den größeren Lichtspieltheatern Deutschlands vorgeführt werden. Die Bewerber dieser Theater geben ihr Urteil über die Aufnahme ab und wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt, gilt als die schönste Dame des deutschen Landes. Über mehr als ein von einem Film-Kongress in München ausgelegter Preis von 100 000 M. Nach dem Vorbild anderer Städte ist auch in Karlsruhe eine solche Preisbewerbung vorgesehen. Das Filmhaus Babara eine solche Preisbewerbung ein Konzert- und Tanzveranstaltung zu verbinden. Es ist für den genannten Nachmittags um 4-47 Uhr im Gartenfest im Stadtpark unter Mitwirkung der Kapelle des Musikvereins „Harmonie“ vorgesehen. Nähere Mitteilungen folgen noch.

= Zum 200-jährigen Jubiläum-Schießen der Schützengesellschaft. Man freuet sich: Die Karlsruher Schützengesellschaft rüstet sich zur Feier ihres 200-jährigen Bestehens, das in den Tagen vom 28. Mai bis 5. Juni durch eine Reihe von Veranstaltungen festlich begangen werden soll. Der Gründer unserer Stadt, Markgraf Karl Wilhelm, ist auch der Gründer der Schützengesellschaft. Die Notwendigkeit für die Städte, in den damaligen Zeiten kriegerischer Ereignisse sich selbst zu schützen, führte 1721 zur Gründung der Karlsruher Schützengesellschaft. Die Vorbereitungen für die zahlreichen Veranstaltungen, zu der jetzt schon aus allen Teilen des Reiches Anmeldungen vorliegen, sind in vollem Gange. Im Mittelpunkt der Jubiläumsvorstellungen, welche am Samstag den 28. Mai, abends, durch einen großen Begrüßungsabend im Gartensaal des Moninger eingeleitet werden, steht das große Fest schießen, zu dem die besten Schützen nicht nur aus Baden, sondern aus dem ganzen Reich erwartet werden. Die Wettbewerbe im Schießen finden täglich im Schützenhause statt, wo ein großer Festplatz errichtet wird, auf dem Vorkampfbatterien aller Art nach dem Muster der früheren Schützenfeste stattfinden. Am Sonntag den 29. Mai, vormittags, findet im großen Saale der Festhalle der offizielle Festakt statt. Nachmittags ist das Eröffnungs-schießen und gleichzeitig die Eröffnung des Festplatzes. Am Sonntag den 30. Juni wird die großartigste Veranstaltung, über deren Vorbereitungen nach manchen zu berichten sein wird, mit der Preisbewerbung im Kartenspiel des Schützenhauses zu Ehren der Sieger ihren Abschluß finden.

Kaninchen- und Geflügel-Ausstellung. Wie aus dem Inserat zu ersehen ist, hält der Kaninchen- und Geflügel-Zuchtverein Karlsruhe-Mitte am Samstag, den 23. und Sonntag, den 24. April im großen Saale des Gasthauses am Schwaben in Karlsruhe-Mitte eine große Kaninchen-, Geflügel- und Produkt-Ausstellung ab. Da die neu errichtete Geflügel-Farm bei Mitte sich ebenfalls an der Ausstellung beteiligt und genannter Verein für gute Leistung bekannt ist, kann ein Besuch der Veranstaltung jedermann empfohlen werden.

Letzte Nachrichten Sie verlangen wirklich die Goldreserve der Reichsbank

Paris, 20. April. (Gaba.) Der Reparationsauschuss hat an die deutsche Kriegslastenkommission eine Note gerichtet, welche bis 1. Mai die Ueberführung der Goldbestände der Reichsbank in das besetzte Gebiet fordert. Falls Deutschland diese Forderung des Reparationsauschusses ablehnen sollte, so würde sich dieser gezwungen sehen, von Deutschland die sofortige Auszahlung des gesamten Goldbestandes zu fordern. Gerade um die schwerwiegenden Folgen einer solchen Auszahlung zu vermeiden, habe der Reparationsauschuss sich entschlossen, nur die Ueberführung dieses Goldbestandes in die Reichsbankstellen in Köln und Koblenz zu verlangen. Der Reparationsauschuss werde die Antwort der Kriegslastenkommission bis zum 22. April abwarten.

Als die erste Meldung über das beabsichtigte Verlangen des Reparationsauschusses auftauchte, wurde schon darauf hingewiesen, daß dieser Forderung nicht entsprechen werden kann. Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist wiederholt dargelegt worden und geht davon aus, daß es sich bei diesen Goldbeständen um Privateigentum handelt, das der Reichsbank gehört und nicht dem Staat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erinnert daran, daß selbst der französische Befehlshaber bei der Besetzung von Köln im Herbst 1914 den privaten Rechtscharakter der Reichsbank anerkannt und die Bestände der dortigen Reichsbankhauptstelle unangefastet gelassen habe.

Englische Bedenken

London, 20. April. Maßgebende Bankkreise verurteilen auf das schärfste das französische Verlangen auf Auslieferung des jetzt noch in der deutschen Reichsbank befindlichen Goldbestandes von 1,1 Milliarden Mark und zwar aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen. Auch die politische Folge wäre unübersehbar. Man befürchtet von einer solchen Maßnahme mit Recht den allgemeinen Zusammenbruch nicht nur in Deutschland, An der Spitze steht man diese Maßnahme für ausgeschlossen. Nach dem „Daily Chronicle“ bekräftigt man von einer Ueberführung der Goldreserve der Reichsbank ins besetzte Gebiet eine katastrophale Wirkung auf den Markt Kurs.

Die Konferenz in Lympe

Paris, 20. April. Der „Matin“ berichtet, daß Ministerpräsident Briand sich am Samstag nach Lympe begeben wird. Außer Lloyd George wird Lord Curzon, vielleicht auch Chamberlain und Marshall Wilson englischerseits an den Beratungen teilnehmen. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß Briand Lloyd George die von der gemischten, noch am Donnerstag und Freitag tagenden Kommission ausgearbeiteten Pläne vorlegen wird für den Fall, daß Zwangsmaßnahmen

gegen Deutschland ergriffen werden. Für den Fall, daß Deutschland nach der Besetzung seine Verpflichtungen nicht erfüllt, sehe der Entwurf ein besonderes Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialsystem vor.

Briand sagt im „Echo de Paris“: In der Billie von Lympe wird auch die Frage geregelt werden, ob der Oberste Rat in eine Debatte mit den Vertretern des Deutschen Reiches eintritt werden. Die französische Delegation sei verneinend. Die Stunde sei nicht mehr zu Unterredungen geeignet. Briand habe sich von all den Theorien von Brüssel entfernt und wird nunmehr mit Takt und Kraft die Absicht Frankreichs vertreten.

Das französische Wiederaufbau-Budget

Paris, 20. April. In der heutigen Kammer Sitzung wurde in die Einzelberatung der Titel des Budgets für den Wiederaufbau eingetreten. Finanzminister Doumer erklärte, die Regierung könne keine eiligeren Aufgabe, als die Schäden in der ehemaligen Kampfzone zu begleichen. Im vorigen Jahre seien 7 Milliarden ausgegeben worden, in diesem Jahre 7,6 Milliarden. Die Gesamtheit, die Frankreich zufalle, die aber Deutschland bezahlen müsse, belaufe sich auf 50 Milliarden Franken. Damit Frankreich die verwüesteten Gebiete wieder aufzubauen in der Lage sei, müsse Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen und es werde mit aller erforderlichen Energie vorgegangen werden, damit das gesehe.

Der Vergleich mit den Hohenzollern

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Wie die B. F. N. hören hat das Preussische Finanzministerium dem Kabinett den Antrag unterbreitet, den bekannten Vergleich mit den Hohenzollern über die Vermögensauseinandersetzung vom 20. Januar aufzuheben.

Internationaler Transportarbeiterkongress

Genf, 20. April. Der Internationale Transportarbeiterkongress hat gestern eine Entschließung angenommen, die sich zu Gunsten der gemeinsamen Besitzergreifung und Kontrolle der Transportmittel durch den Staat oder die Gemeindebehörden einerseits und die Arbeiterorganisationen andererseits ausspricht.

Valuta-Bericht vom 20. April

Markkurs in der Schweiz ca. 9.14 Cts. Auszahlung Goldland notierte 22.05 A per holl. Guld.; Schweiz notierte 11.08 A per holl. Guld.; England notierte 250.50 A per 100 Schilling; Frankreich notierte 4.63 A per frz. Fr.; Neupost notierte 33.50 A per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. April 1921

Vorausichtige Witterung bis Freitag nacht: Meist trüb, zunächst keine erheblichen Niederschläge, kühl.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 63, gest. 15; Aehl 152, gest. 4; Rogau 204, gest. 3; Mannheim 165, gest. 5 Zentimeter.

Schrittleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel: Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik: Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Heilquellen Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Nachrichten, Genossenschaftsbewegung, Juugend und Sport, Prekariat Josef Giese; für den Anzeigenteil: Hubert Arber, sämtliche in Karlsruhe.

33. Kunstausstellung. Wie wir erfahren, findet in Bielefeld vom 2. d. Gewerkschaftsbund, Christl. Karlsruhe, veranlaßte Ausstellung graphischer Ergänzungen und guter Majoliken unter dem Titel „Gut und Böse“ statt. Die Eröffnung dieses Unternehmens in der Stadt, Ausstellungshallen soll bereits für den 20. April in Aussicht genommen sein. Es empfiehlt sich für die einzelnen Gewerkschaften, jetzt bereits auf Massenbesuch hinzuwirken.

Frauenvortrag. Am Samstag, den 23. April ds. Jrs., abends 7 1/2 Uhr, findet am Festsaal des Hotels Friedrichshof, Karlsruhe, ein öffentlicher Vortrag für Frauen und erwachsene Mädchen statt. Der Naturheilverein hat hierzu die Frau des Naturarztes Dr. med. Bode n gewonnen, welche von früheren Jahren her hier als gute Rednerin noch bestens bekannt ist. Frau Bode ist durch ihre 30jährige praktische Tätigkeit wohl in der Lage, das Thema: Frauenleiden, ihre Verhütung und naturgemäße Behandlung ergiebig zu behandeln. Es empfiehlt sich, sich jetzt mit Eintrittskarten, welche im Vorverkauf beim „Kaffee-Geschäft“, „Zum Neugebauer“ am Ludwigsplatz erhältlich sind, zu bedenken.

Der Verein „Schwarzwaldfreunde“ beging am vergangenen Sonntag im Saale der „Wahlhalle“ bei gut besetztem Hause sein 10. Stiftungsfest. Die Vereinskapelle eröffnete mit einem klaren Marsch das Programm. Reichem Beifall fand der von Herrn Finkeleiner geführte Lautenvortrag „O Schwarzwald, o Heimat“, ebenso der Gesangsvortrag von Herrn Herrmann. Gut gelungen waren auch die beiden Vereins-Humoren von Herrn Buhl und Glatz. Besonders erwähnt sei das vorzüglich gespielte Theatervorstück „Dr. läßt Paraffin“ oder „Der falsche Leberzieher“, welches von Mitgliedern des ehem. Gläufischen Theaters von Sträßburg aufgeführt wurde. Dem gut verlaufenen Programm folgte ein kleiner Ball, welcher die vorzüglich verlaufene Veranstaltung beschloß.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Karlsruhe

Ein glänzendes Resultat für die freie Angestelltenbewegung

Die gestrigen Kaufmannsgerichtswahlen zeigten eine ziemlich gute Wahlbeteiligung, etwa 70 Prozent der wahlberechtigten Arbeitnehmer haben abgestimmt. Für die Liste der freien Angestelltenverbände (Centralverband, Allg. Verband der deutschen Bankbeamten, Angestelltenverband des Buchhandels und des Zeitungsgewerbes) wurden 1367 Stimmen abgegeben und somit 6 Sitze erobert. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten konnte ganze 268 Stimmen (1 Sitz) auf sich vereinen und die Liste des großpreussischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes erhielt 1215 Stimmen (5 Sitze).

Diese Wahl bedeutet für die freie Angestelltenbewegung einen glänzenden Sieg, sie markiert an der Spitze der hiesigen Angestelltenrichtungen. Und dieses erfreuliche Resultat wurde erreicht, trotzdem die bürgerlichen Verbände mit den schäblichsten Mitteln gegen den Centralverband und die anderen freien Verbände arbeiteten. Aber die Wahl hat gezeigt, daß die kaufmännischen Angestellten der freien Angestelltenbewegung das größte Vertrauen schenken.

Bei den Verhandlungen zwecks Einreichung einer gemeinsamen Liste aller Verbände wollten die bürgerlichen Verbände den freien Verbänden gnädigst 5 Sitze zugestehen, während letztere aufgrund ihrer Mitgliederzahl 6 Sitze beanspruchten. Aber die Harmoniegesellschaft ging darauf nicht ein, worauf die freien Verbände den Kampf vorgezogen, bei dem sie auf ihre Rechnung kamen. Es lebe der Kampf! Nun auf zu neuer Arbeit, zu neuen Siegen!

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt am Freitag, den 22. April, vormittags von 7-12 1/2 Uhr und nachmittags von 1-4 Uhr, für die Nummern der neuen Kartonscheine von 12291-123009 an unserer Kasse, Kronstraße 23, gegen Vorlegung des neuen Kartonscheins. — Es wird dringend gebeten, Wechselgeld mitzubringen. 3749

Wein!

Neben unseren bekannten und bewährten Sorten bringen wir jetzt wieder einen sehr schönen 3867

weißen Tischwein (Wälzer)

In unseren Filialen zum Verkauf. Preis einschließlich Flasche 0.40 M. Bekanntlich liefern wir nur reine, nicht mit Obstmost verschnittene Traubenweine.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Laut Anzeige des Brennstoffamts ist die Umschreibung für Kohlen von jetzt bis 30. April ds. Jrs. zulässig. Anträge sind unter Vorlage der Brennstoffkarte und des Lebensmittelausweises an das Brennstoffamt zu richten, worauf wir die berechn. Mitglieder aufmerksam machen.

Unsere Bürolunden sind von 7-12 1/2 und 1 1/2-4 Uhr (Samstags bis 3 Uhr). 3866

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Hohenwetterbach, Ein starker, aufgerichteter Einspänner-Wagen mit Scheinwerfern zu verkaufen. Preis 1000.-, 4. 3868

Altes Weiber-Rennen

Alte Weiber! Nicht unter 50 Jahren, welche an der Konkurrenz teilnehmen wollen, können sich noch melden. 3869

Kabeljau

kopfstos 1.60 3870

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 21. April, 6 bis 10 Uhr Mk. 12.- Zum erstenmal: 971

Sebastian

eine Tragödie in fünf Akten, gezogen von Kurt Geuke

Eine Kanone

Central-Lichtspiele, Karlsruherstrasse 26.

Ab heute, das große Doppelprogramm Harry „Der große U.“ bekannte“ in 5 Akten



ferner der große Auslandsfilm Das Todesial (Snoenand) in 4 Akten.

Diese Kanone kommt direkt a. dem besetzten Gebiete u. gelangt in Karlsruhe zum erstenmale zur Vorführung. Nicht versäumen!

Eine Kanone

Diplome, Eichenkränze, Festabzeichen, Saalkontrollen, Eintrittskarten, Garderobennummern sowie allen sonstigen Vereinsbedarf empfiehlt Bernhard Müller, Luxus-Papierhandlung und Versand, Telephon 5386 Karlsruhe Kaiserstr. 235.

In der Anzeige der Firma M. Schneider, Erbprinzenstraße 31, großer Rollen-Damenkonfektion geizige Ausgabe Seite 7, ist ein großer Fehler enthalten. Bei Aufführung der einzelnen Artikel mit Preisangabe muß in Zeile 9 „Kopfstos“ der Preis nicht 1.750, sondern 1.750.- betragen.

Möbel

zu verkaufen. Ein Schlafzimmer, hell gelb geölt, moderne Ausführung, bestehend in Bettstellen, Nachtschrank, Waschtisch, Kommode mit Spiegel und Karmosin, zweiflügeliger Spiegelkasten; Begleichen Einrichtung in Eich- und Nussbaum lackiert; ferner polierte u. unpolierte Kerle von 450 M. an, Zimmermöbel von 80 M. an, Tische, Stühle und dergl. Solange Ausführung, billige Preise. Besonders für mittlere Stände und Arbeiterkreise. Möbelwerkerei Julius Falk, Baden-Bühlental beim grünen Baum.

Chateaufraues

neue, in großer Auswahl, nur gut Ausführung, billig zu verkaufen. Polierei Köhler, Schönenstraße 25.

Druck-Neuheiten

in 1 Std. u. Garantie versandt. Die Pläne, Kopl., Kleider-, Filz- 972

Läuse

1. Brut (Nissen) d. Mensch u. Tier mit „Kampolau“ gel-gesch. Wunden ansahd. Ver. Heiser E. Hoffmann Herrenstraße 6. 973

Maßstatter Anzeigen.

Nachdem in der Gemeinde Eggenstein die Maul- und Kanakenseuche vollständig erloschen ist, werden die unterm 7. Januar 1921 erlassenen Maßregeln bezügl. des Sperrens und Beobachtungsgebietes und des 15. Am.-Inkubations aufgehoben. Karlsruhe, den 12. April 1921. Bezirksam. D. J. 04. 974

Sandwiche!

Abjet auf das Auftreten der Feldmäuse. Erprobtes Mittel dagegen Springers Gistweigen. Verteilung auf Zimmer 11, Rathaus. Ag. 25 M. Rastatt, den 18. April 1921. Das Bürgermeisteramt. 975

Kleider-Rostan-Verförgung.

Von der Badischen Betriebsgesellschaft ist uns eine beschränkte Menge von Männeranzügen, Mänteln, Hemden, Unterhosen und Schuhen zur Abgabe an Winterbedürftige und besonders an kinderreiche Familien zugewiesen worden. Die Ausgabe erfolgt in der Zeit vom 18. April bis 7. Mai gegen Ausweise, welche im Rathaus, Zimmer 17, gegen begründeten Antrag erteilt werden. Die ehemaligen Kriegsteilnehmer und die Kriegsinterblichen, welche bereits von ihren Organisationen versorgt worden sind, können nicht mehr berücksichtigt werden. Rastatt, den 15. April 1921. Nennmännerverband Rastatt-Stadt, Abteilung Kleiderverförgung. 987

Baden-Baden.

Wirtschafts-Verpachtung.

Das Gasthaus zur Rose, Marktplatz 11 Baden-Baden soll ab 1. Oktober 1921 auf 5 Jahre neu verpachtet werden. Schriftliche Angebote mit entsprechender Aufschrift sind verschlossen bis längstens

Samstag, den 30. April 1921, vorm. 10 Uhr beim städt. Hochbauamt Rathaus einzureichen, wo inzwischen die Bedingungen eingesehen werden können. Städt. Hochbauamt. 974

Brennstoff-Anzeigen.

Kohlen-Ausgabe.

Ab Donnerstag, den 14. April wird bei nachstehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmarken April 21, Abschnitt 11, für Küchen- und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben:

Bei J. Vedtold an die Kunden von Nr. 1 bis 200 je zwei Ztr. Braunkohlenbrikett.

Bei J. Semberger an die Kunden von Nr. 222 bis Nr. 701 je ein Zentner Braunkohlenbrikett und ein Zentner Eisenerz.

Bei H. H. u. Feder an die Kunden von Nr. 535 bis Nr. 684 je zwei Ztr. Braunkohlenbrikett.

Bei J. Schwanninger an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 490 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.

Bei Straßer u. Federbusch an die Kunden von Nr. 1 bis 848 je zwei Ztr. Braunkohlenbrikett.

Bei C. Kuhn an die Kunden von Nr. 1 bis 288 je zwei Ztr. Braunkohlenbrikett.

Hierzu bemerken wir, daß die Verteilung der bei C. Kuhn eingeschriebenen Kunden von nun an durch die Kohlenhandlung von Straßer u. Federbusch erfolgt.

Das Brennmaterial muß bis zum 30. April abgeholt sein, andernfalls daselbe an weitere Kunden abgegeben wird. Auf Wunsch wird das Brennmaterial durch die Kohlenhandlungen zugeführt. 976

Bruchsal, den 20. April 1921. Ortskohlenstelle Bruchsal.

Brennholz-Verteilung.

Denjenigen Bezugsberechtigten, welche bis jetzt noch kein Brennholz abgeholt haben, werden nochmals aufgefordert, die Holzteil für daselbe auf dem Büro der Stadt Holzverteilungsstelle abzuholen. Nach dem 1. Mai kann kein Holz mehr zugeteilt werden. Wollen werden noch abgegeben.

Bestellungen für Holzteil werden angenommen. Die alten Brennholzmarken gelten noch bis auf weiteres für zentnerweisen Bezug ab Holzplatz. Bruchsal, den 21. April 1921. 978

Städt. Holzverteilungsstelle.

3871

3872

3873

3874

Preiswerte Damen-Konfektion

Nemdenblusen aus Zephir u. Batist 38.- 48.- 55.- 60.-	Rips-Mäntel imprägniert 185.-	Covercoat-Mäntel 250.- 310.-	Kostüm-Röcke aus guten Stoffen 38.- 65.- 75.- 90.-
Voile-Blusen weiss u. farbig 45.- 55.- 70.- 95.-	Mäntel engl. gemusterte Stoffe 150.- 225.- 390.-	Alpaca-Mäntel schwarz und blau 300.- 455.-	Elegante Plissé-Röcke 225.- 250.- 350.- 385.-
Voile-Kleider weiss u. farbig 95.- 110.- 120.- 165.-	Seidene Mäntel in verschiedenen Farben 330.- 480.- 560.- 685.-	Jackenkleider einfarbige und gemusterte Stoffe 125.- 175.- 375.- 475.- 650.- 885.-	Seidene Strickjacken 210.- 265.- 290.- 325.-
Dirndl-Kleider 95.- 120.- 140.- 160.-			Jumpers in Wolle u. Seide 150.- 185.- 200.- 280.-

Eine Anzahl sehr eleganter **Modell-Kleider** zu ganz besonders vorteilhaften Preisen.

W. Boländer

Kaiserstrasse 121.

Die Erneuerungswahl der Beisitzer zum Gewerbegericht betr.

Nach dem Protokoll vom heutigen über die Feststellung des Gesamtergebnisses der Erneuerungswahl der Beisitzer des Gewerbegerichts wurden gewählt:

A. Aus dem Stande der Arbeitgeber:
 Bachsmuth Hermann, Schreinermeister,
 Blum Ernst, Hofschlossermeister,
 Ebbecke Gustav, Schreinermeister,
 Knorr A., Gastwirt,
 Oberle Karl, Malermeister,
 Messana Karl, Zimmermeister,
 Schellenberg Adolf, Fäbrikermeister,
 Wadhausen Friedrich, Fuchsbindermeister,
 Reichert Wilhelm, Gastwirt,
 Manz Georg, Fuhrunternehmer,
 Haaler Friedrich, Metzgermeister,
 Fuchs Karl, Schneidermeister.

B. Aus dem Stande der Arbeitnehmer:
 Behnle Josef, Schuhmacher,
 Biant Rudolf, Maurer,
 Bohn Ludwig, Schlosser,
 Ristner Julius, Konditor,
 Reiff Karl, Schneider,
 Ries Wilhelm, Hobler,
 Rodrian Wilhelm, Kellner,
 Spachholz Heinrich, Obermeister,
 Tappert Bruno, Schreiner,
 Turek Thomas, Arbeiter,
 Weber Adolf, Maurer,
 Wieland Karl, Maschinier.

Die Wahlakten liegen während 8 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an zur Einsicht der Beteiligten im Rathaus, 2. Stod. Zimmer Nr. 76, offen.
 Beschwerden gegen die Rechtmäßigkeit der Wahl sind nur binnen eines Monats vom Tage derselben (18. April 1921) an zulässig.
 Karlsruhe, den 18. April 1921. 972
 Der Stadtrat.

Geschäfts-Verletzung.

Meiner geehrten Kundschaft zur gefälligen Kenntnis, dass ich mein

Drogen- u. Kolonialwarengeschäft

von Scherrstrasse 12 nach

Morgenstraße 19

verlegt habe.

KARL KRAUS

Morgenstraße 19. Telefon 3363.

Mieter- u. Vermieter-Bereinigung Karlsruhe (E.V.)

Geschäftsstelle: Morgenstr. 51 b., Erbrecht. tägl. 5-6 1/2 Uhr

Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Wirtschaft zur Kaiserallee, Kaiserallee 151,

Mieter-Versammlung.

für Bezirk Mühlburg. — Wir laden hierzu alle Mieter höflichst ein. Der Vorstand.

Bereinigung Volksbildung e.V. Karlsruhe

Wir laden unsere verehrten Mitglieder zu dem am Sonntag, den 25. April, pünktlich abends 8 Uhr stattfindenden

außerordentlichen Mitgliederversammlung

im Concordia-Saal des Restaurants Moninger ein.

Tagessordnung:
 Antrag des Vorstandes auf Auflösung des Vereins
 Der Vorstand:
 v. von Oeschelhauser.

Schöne Oelbretten

12-N. Gasherd m. Backofen billig zu verkaufen. 3872 Mühlburgerstr. 42 b. II r.

Pfannkuch & Co.

Zur Versorgung von **Mutter u. Kind**

Schweizer **Alpen-Milch-Mehl**
Galactina-Rindermehl

besteht aus:
 ca. 23% Weizenmehl
 ca. 64% Vollmilch
 ca. 13% Zucker
 100 Gramm, brutto
 Dose **5.-**

Galactina-Rinder-Frühstück

besteht aus:
 ca. 17% Hasermehl
 ca. 22% Kakao
 ca. 45% Vollmilch
 ca. 16% Zucker
 500 Gramm, brutto
 Paket **9.50**

Pfannkuch & Co.

Feierlage wegen bleibt unser Geschäft am **Samstag, den 23. April** geschlossen.

Wir bitten unsere verehrliche Kundschaft, den Bedarf an Fleisch und Wurstwaren am Freitag, den 22. April, zu decken. 3874

Gebr. Haenninger

Metzgerei u. Wursterei
 Marienstraße 46, Tele. 4601.

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe, Sommer-Semester 1921.

- Rechtswissenschaft:** A. Deutsches bürgerliches Recht; II. Teil (Recht der Scheidungsverhältnisse). Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard, Karlsruhe. Jeden Montag, abends 8 Uhr, im Aulabau. Beginn: 26. April.
- Bürgerlich-rechtliche Übungen.** Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Lewis, Karlsruhe. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Aulabau. Beginn: 12. Mai.
- Volkswirtschaftslehre:** Die Entwicklung der deutschen Industrie. Dozent: Herr Professor Dr. von Beckerath von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Aulabau. Erste Vorlesung ausnahmsweise Donnerstag, 28. April, Fortsetzung Dienstag, 10. Mai.
- Sondergebiete der Warenherstellung und Technik.** Erzeugung und Verwertung elektrischer Energie. Dozent: Herr Prof. Dr. Ing. A. Schwaiger von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, im elektrotechnischen Institut. Beginn: 27. April.
- Privatwirtschaftslehre.** Theorie und Technik des Bücherabschlusses. Dozent: Herr Handelsschulinspektor Bohn. Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Aulabau. Beginn: 29. April. Anmeldung bei:
 A. Bielfeld's Hofbuchhandlung, E. 4 und 5.
 J. Linck's Buchhandlung, Weststadtbuchhandl. Ernst Lüzersath, Buchhandlung der Bad. Lina-Zeitung, Karlsruhe, April 1921. 3862
 Das Kuratorium.

Baubund-Möbel

Verkauf gegen Teilzahlung

in folgender Ausführung den veränderten Preisen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst

Verkauf gegen Anzahlung bei der gemeinnützigen Hausbau-Gesellschaft **Bad. Baubund G. m. b. H.**

Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
 Gebaus Haudel, lag. Fernsprecher 5187
 Tägl. geöffnet vom 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Öffentl. Verkaufsausschuss

alter für Eisenbahnverordnungen nicht mehr geeigneter Geräte, darunter Desimalbrückenwagen, Erdbohrer, Neufhausen, Kofostepplische für Turmhallen geeignet u. a. m. gegen Barzahlung am Freitag, den 22. April, 11-12 Uhr, im Aulabau, 8 Uhr beginnt im Geräte-magazin mit Karlsruhe, aber Personenbahnhofs, (Eingang Mühlburgerstr.) Karlsruhe, 19. April 1921. Eisenbahn-Generaldirektor.

Gefang. Badenia G. v.

Am Samstag den 23., abends 8 Uhr, im Vereinslokal Vortrag über das Chorwort „Trittsot-Sage“ durch unsern Chorleiter Herrn von n. n. unter Mitwirkung von Solisten und dem Männerchor. Die Mitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen. 3866 Der Vorstand.

Radfahrer Rennfahrer Sportvereine

kaufen ihren Bedarf in Fahrrädern, Bereifung und allem Zubehör konkurrenzlos in Preis und Qualität bei

H. Brodführer

Karlsruh. Fahrrad-Haus Kaiserstraße 5 am Durl. Tor, Fernr. 1918

Gritzner Näh-Maschinen.

Herren-Kleider

reinigt und färbt in kürzester Zeit

Karl Timms

Fäberel und chemische Waschanstalt
 Marienstr. 21 Kaiserstr. 66
 Tel. 2828 beim Marktplatz
 Maßige Preise. 3868

Pfannkuch & Co.

Früh einge-troffen ein Waggon **Bruch-Maccaroni** Fund 7.-

Maccaroni Fund 7.-

Spagetti Fund 8.-

Hörnle Fund 8.-

Gemüse-Mildein Fund 7.-

Suppen-Einlagen Fund 8.-

Girgrauen Fund 8.-

Stebtle Fund 8.-

Buchstaben Fund 8.-

Pfannkuch & Co.

Gegen Zahnschmerzen „Blascolin“

in die Ohren hat sofort geholfen. In allen einschl. Geschäften zu haben. Viele Anerkennungen.

In allen Apotheken, Drogerien und besseren Parfümerien erhältlich. 2967

Die Bad. Landwirtschaftskammer

verkauft Samstag, den 23. und Sonntag, den 25. April 1921, vormittags 10 Uhr, im Stadtschen Viehhof in Karlsruhe eine größere Anzahl sehr schöne

Ferkel sowie mittlere u. schwere Läufer Schweine.

3861